

Villa ten Hompel

Historisch-politische Bildung über Polizei und Verwaltung im 20. Jahrhundert –
am Beispiel der Erinnerungs-, Forschungs- und Bildungsstätte in Münster
von Alfons Kenkmann

Das Foto unten zeigt die Villa ten Hompel in ihrem jetzigen baulichen Zustand. Das Gebäude wurde in dreijähriger Bauzeit von dem ehemaligen Zentrumsabgeordneten im Deutschen Reichstag und großindustriellen Zementfabrikanten Rudolf ten Hompel 1928 fertiggestellt. Aus bisher noch nicht genau geklärten Gründen geriet das verzweigte Wirtschafts- und Fabriknetz ten Hompels im Verlauf der Weltwirtschaftskrise und auch in den darauffolgenden Jahren in existentielle Probleme. Die bisherige Spurensuche ergab, daß das Gebäude am Kaiser-Wilhelm-Ring 28 1939 in den Besitz des Reichsfiskus geriet. Im März 1940 bezog es dann der Befehlshaber der Ordnungspolizei für den Wehrkreis VI, der es fortan mit seinen 40 Stabsangehörigen bis 1945 nutzte. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus nutzte das westfälische Oberpräsidium das Gebäude, um es anschließend in die Hände des westfälischen Kriminalpolizeiamtes und der Wasserschutzpolizei zu übergeben. Ab 1953 wurde die Villa ten Hompel dann nicht mehr polizeilich genutzt, sondern von Verwaltungskräften der Bezirksregierung in Münster. Zwischen 1953 und 1968 stellten hier, beim Dezernat Wiedergutmachung für politisch, rassisch und religiös Verfolgte, Tausende von Menschen ihre Anträge auf Entschädigung.

Die historische Nutzung des Gebäudes fokussiert bereits die inhaltliche und pädagogische sowie fachdidaktische Schwerpunktsetzung der zukünftigen regionalen Erinnerungs-, Forschungs- und historisch-politischen Bildungsstätte in Münster: Polizei- und Verwaltungshandeln im 20. Jahrhundert. Im Mittelpunkt steht dabei zunächst die Dienststelle des Ordnungspolizeibefehlshabers für das Rheinland und für



Villa ten Hompel heute
Foto: Ralf Emmerich

Westfalen zu dem zusätzlich noch Gebiete um Osnabrück und Teile Belgiens ab 1940 zählten. Der regionale Befehlshaber der Ordnungspolizei war nicht die einzige mittlere Behördeninstanz, die von Münster aus über ihre Erlasse, Befehle und Funktionen weit in die rheinische und westfälische Region ausstrahlte. Eine Fülle weiterer, wichtiger Behörden waren hier am sogenannten »Schreibtisch Westfalens« tätig. Hierzu zählten neben dem Oberpräsidium und der Regierung zu Münster, der Reichsfinanzverwaltung für Westfalen, der Reichspost- und Reichsbahn-Direktion Münster, dem Hauptversorgungsamt Westfalen und der Landesversicherungsanstalt Westfalen die Staatspolizeileitstelle für Westfalen.

Zu den spezifischen Aufgaben des Ordnungspolizeibefehlshaber zählten die Organisation der Luftschutzmaßnahmen für die zwölf Millionen Einwohner und vor allem die in Rheinland und Westfalen ansässige Schwerindustrie, die Aufstellung der (Reserve)Polizei-Bataillone, die später maßgeblich an der Ermordung der Juden im Osten beteiligt waren, die Bereitstellung von Personal für die Deportationszüge von Juden und Sinti und Roma in den Osten und die Bereitstellung von Wachpersonal für die sogenannten »Arbeitserziehungslager«.¹

Genese des Projekts

Mit Auszug des staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes im Jahre 1995 rankten sich unterschiedliche Gerüchte um die Nutzung des Gebäudes während des Dritten Reichs. Diese Mutmaßungen, die bis zur vermuteten Existenz von Folterkellern reichten, hatten eingesetzt, lange bevor durch die Veröffentlichung Daniel Goldhagens die Rolle der Ordnungspolizei bei der Ermordung der europäischen Juden zum öffentlichen Thema geworden war.² Noch bevor die Debatte um die »Männer fürs Grobe«, die Ordnungspolizisten in den Polizeibataillonen des NS-Staats, in den Feuilletons der überregionalen Presse geführt wurde, setzte in Münster die Diskussion um die Sicherung und künftige Nutzung dieses ehemaligen polizeilichen Tatortes als Bildungs- und Erinnerungsstätte ein.

Zu Beginn wurde die öffentliche Debatte 1995 erstaunlich objektiv geführt. Im November 1995 bestand im Rat der Stadt Münster Konsens, die ehemalige Ordnungspolizeiresidenz, die sich im Besitz des Landes befand, anzukaufen und für eine geplante Erinnerungs- und Bildungsstätte herzurichten. Einstimmig beauftragten die im Rat vertretenen Fraktionen von CDU, SPD und den Grünen die Verwaltung, mit der Bezirksregierung Münster in Kaufverhandlungen zu treten. Nach neun Monaten änderte die CDU-Fraktion im münsterschen Rat jedoch ihren Kurs und zog unter Angabe finanzpolitischer Argumente ihre Befürwortung des Projekts zurück.

Diesen auch in Leserbriefen vorgetragenen Einwänden schloß sich der damalige münstersche Oberstadtdirektor in einer Stellungnahme an. Die »zeitgeschichtliche Bedeutung« der Villa ten Hompel, so Dr. Pünder, werde »... in der öffentlichen Diskussion oft überschätzt«. Er könne »... namens der Verwaltung den Erwerb der Villa ten Hompel nicht empfehlen«.³ In der notwendig gewordenen Dringlichkeitssitzung beschlossen – die Bezirksregierung in Münster verlangte nach fünfmonatigen Gesprächen ein endgültiges Votum der Stadt Münster über den Kauf oder Nichtkauf –, unbeirrt von den Einwänden seitens der Verwaltung Finanz- und Hauptausschuß am 21. August 1996 gegen die Stimmen der CDU-Opposition den Ankauf des Gebäudes.

Drei Monate später beauftragte der Rat die Verwaltung, zusammen mit nichtstädtischen Kooperationspartnern eine fachliche, organisatorische und finanzielle Konzeption zu entwickeln. Hierzu wurde ein Gründungsausschuß gebildet, der die Arbeit an der Konzeption bis Januar 1998 abschloß. Beraten wurde der Gründungsausschuß in seiner Entscheidung von einem wissenschaftlichen Fachbeirat, dem Dr. Heinz Bobe-rach (ehemals Bundesarchiv Koblenz), Prof. Dr. Bernd Hey (Landeskirchliches Archiv Westfalen, Bielefeld), Prof. Dr. Wolfgang Jacobmeyer (Institut für Didaktik der Geschichte, Universität Münster), Prof. Dr. Franz-Josef Jakobi (Stadtarchiv Münster), Prof. Dr. Horst Matzerath (NS-Dokumentationszentrum Köln), Dr. Wilfried Reininghaus (NW Staatsarchiv Münster), Prof. Dr. Peter Steinbach (Institut für Grundlagen der Politik, Freie Universität Berlin), Prof. Dr. Karl Teppe (Westf. Institut für Regionalgeschichte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe) und Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer (Historisches Seminar der Universität Münster) angehörten. Am 11. Februar 1998 hat der Rat der Stadt Münster den Bericht des Gründungsausschusses, der das Votum des Fachbeirates aufgriff, zur Kenntnis genommen, den Errichtungsbeschluß gefaßt und die Verwaltung damit beauftragt, das Sanierungs- und Umbaukonzept zu entwickeln, die dafür erforderlichen Kosten zu ermitteln und die notwendigen personellen und haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Im Oktober 1998 wurden die Geschäftsführerstelle besetzt, eine zusätzliche halbe Sekretariats- und eine Haustechnikerstelle eingerichtet und vier Honorarkräfte eingestellt. Der Baubeschluß durch den Rat der Stadt Münster erfolgte am 16. November 1998. Von den Gesamtkosten für den Erwerb und den Umbau der Räumlichkeiten am Kaiser-Wilhelm-Ring 28 in Höhe von 3,931 Millionen DM übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen 70 % aus Fördermitteln des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport.

Mit dem Antritt der Geschäftsführung am 1. Oktober 1998 wurde das vom einberufenen Fachbeirat 1997 entwickelte und vom Gründungsausschuß am 7. Januar 1998 empfohlene inhaltliche und organisatorische Rahmenkonzept für die Errichtung einer Stätte des Erinnerns, der Forschung und der historisch-politischen Bildung zu einem differenzierten, inhaltlich-funktionalen Nutzungsplan weiterentwickelt.

Forschungsdesign

Was hatten die Beratungen des Fachbeirats ergeben? Das Gremium hatte sich auf ein inhaltliches Design geeinigt, das seinen »Ausgang vom Spezifikum des Hauses als Sitz des Befehlshabers der Ordnungspolizei (BdO) im Wehrkreis VI während der NS-Zeit nimmt und damit die historisch-funktionale Authentizität des Gebäudes fruchtbar macht«. ⁴ Auch die zukünftigen Forschungsvorhaben und die Tätigkeitsfelder der historisch-politischen Bildung sollten sich aus diesem Spezifikum herleiten. Von den Fachbeiratsmitgliedern wurde »Polizei und Verwaltung im Zeitalter der Diktaturen« zur Leitthematik erhoben, aus der sich ein zukünftiges Programm für die Forschung und die historisch-politische Bildung entwickeln sollte, das das Handeln von Tätern und auch Mitläufern in der NS-Zeit aufgreift. Für den ersten Bereich – Forschung – schlug der Fachbeirat drei Themenschwerpunkte vor. Neben der Geschichte der Ordnungspolizei im Wehrkreis VI zählen hierzu die Funktions- und Arbeitsweise von mittleren Behörden im NS-System und komparatistisch angelegte Studien. Beim

ersten Schwerpunkt, der Geschichte der regionalen Ordnungspolizei, regte der Fachbeirat an, die »Bedeutung der Ordnungspolizei für die Stabilisierung des NS-Regimes und ihr[en] Anteil an dessen Verbrechen über die Region hinaus«⁵ vertiefend zu untersuchen und der Öffentlichkeit bewußt zu machen. Als erschwerend erweist sich jedoch bei diesem Vorhaben, daß die Forschungen zur Geschichte der Ordnungspolizei und insbesondere zu ihrem Alltagshandeln äußerst lückenhaft sind. Auf die Behörde trifft zu, was nach Michael Ruck für alle Verwaltungen der mittleren und unteren Ebene während der NS-Zeit gilt: Über sie ist »nur recht wenig bekannt.«⁶ So wartet die Behauptung des Münsteraner Ordnungspolizeibefehlshabers Dr. Lankenau, Hausherr in der Villa ten Hompel von 1940 bis 1942, daß sich Angehörige von Schutz- und Feuerschutzpolizei und Sicherheits- und Hilfsdienst (SHD) nach Luftangriffen um die Rettung und Bergung von Opfern und ihrer Habe bewährt hätten, bis heute auf ihre wissenschaftliche Bestätigung. Gleiches gilt für den Verdacht, daß die Ordnungspolizei an der Drangsalisierung flüchtiger »Fremd-« und »Ostarbeiter« beteiligt war.

Dabei sollten nach Willen des Fachbeirats »alle Gliederungen der Ordnungspolizei – also Schutzpolizei, kommunale Polizei, Gendarmerie, Feuerschutzpolizei, technische Nothilfe – und ihr Einsatz im Reichsgebiet und in den besetzten Gebieten behandelt« und »von vorneherein auch die Vorgeschichte der Institutionen sowie die Rekrutierung der Beamten und deren Tätigkeit vor 1933 sowie ihre beruflichen Laufbahnen nach 1945« und »die Verfolgung der von Polizeiangehörigen begangenen Verbrechen durch alliierte und deutsche Gerichte«⁷ berücksichtigt werden.

Die zweite Forschungsstrasse sollte die »Funktions- und Arbeitsweise von mittleren Behörden im NS-System« in den Mittelpunkt stellen, wobei ein besonderes Augenmerk auf deren »Einbindung in die Vernichtungsstrategie des nationalsozialistischen Regimes« gerichtet wird. Zum dritten sollte nach Votum des Fachbeirats neben den Forschungsarbeiten zur Geschichte der Ordnungspolizei und weiteren mittleren behördlichen Institutionen von Beginn an auch die »Funktion und Wirkweise von Behörden in totalitären Systemen ganz generell mit in den Blick genommen werden. Hier wäre in erster Linie an vergleichbare historische Themenfelder aus der Geschichte der DDR und der mittel- und osteuropäischen Staaten im Einflußbereich der Sowjetunion zu denken.«⁸

Im Sinne der gewünschten intensiven Nutzung der Institution durch einen großen Kreis von Interessentinnen und Interessenten ist die Einrichtung allgemeinzugänglicher Sammlungen und Dokumentationen ein weiteres vordringliches Ziel. Dazu gehören sowohl die Einrichtung einer Präsenzbibliothek zum Themenkomplex »Polizei und Verwaltung in totalitären Systemen« als auch die Sammlung von Fotos, Filmen, Tonträgern sowie privaten Aufzeichnungen in Form von Briefwechseln, Tagebüchern und autobiographischen Texten. Ein weiteres wichtiges Sammlungsziel ist die Zusammenführung zahlreicher in Rheinland und in Westfalen angefertigter nicht-publizierter Schüler- und Studienabschlußarbeiten zum Themenkomplex.

Nutzungskonzept unter geschichtsdidaktischen Prämissen

Die vorhandenen Flächen der Villa ten Hompel wurden für die beiden Nutzer Erinnerungs-, Forschungs- und Bildungsstätte und Stadtarchiv Münster aufgeteilt, so daß dem Stadtarchiv etwa 140 m² und der Erinnerungsstätte etwa 800 m² zur Verfügung stehen.

Ausgehend von der Prämisse, daß der zukünftige Lernort Villa ten Hompel sowohl niedrigschwellige als auch anspruchsvolle historisch-politische Bildungsangebote vorsieht, wurde die substantielle Verknüpfung von neuen Erkenntnissen geschichts-
didaktischer, historisch-politischer und lernpsychologischer Vermittlungsprozesse und innovativem Multimediaensemble als unverzichtbar angesehen. Das Nutzungskonzept der Erinnerungs-, Forschungs- und historisch-politischen Bildungsstätte mit seiner Orientierung auf einen breiten, generations- und sozialmilieuübergreifenden Adressatenkreis erfordert von daher eine zielorientierte, adäquate infrastrukturelle Ausstattung der Räumlichkeiten, insbesondere im Bereich des Ausstellungs- und Seminar- bzw. Tagungsbetriebs:

- Im Erdgeschoss der Villa ten Hompel wird nach den jetzigen Planungen im Frühjahr 2001 eine Dauerausstellung zur »Geschichte der Ordnungspolizei im Wehrkreis VI« unter Einschluß der Vor- und Nachgeschichte dieser Behörde eröffnet. Das Ausstellungsdesign integriert Methoden des entdeckenden-forschenden Lernens mit Formen einer didaktischen Kommentierung in den authentisch erhaltenen Räumen der Villa. Zur individuellen Offline-Recherche steht eine mit der Münsteraner Fachhochschule für Design entwickelte CD-ROM zur »Geschichte der Ordnungspolizei in Rheinland und Westfalen« zur Verfügung, die über sogenannte touchscreens von den Besuchern aktiv genutzt werden kann. Historisch-politische Bildungsarbeit nimmt auf diese Weise Seh- und Lesegewohnheiten der jüngeren Generation ernst und versucht, sie produktiv aufzugreifen.
- Daneben wird die Entwicklung eines Geschichtspfades durch die unmittelbare Umgebung der Villa vorangetrieben, der zum einen die Topographie der Behörden und Parteidienststellen zur Zeit des Nationalsozialismus, aber auch lokale Einzelschicksale politischer und rassistischer Verfolgung thematisiert. Damit wird die Geschichte des Ordnungspolizeisitzes für den Wehrkreis VI eingebunden in ein mikrogeschichtliches und lokales Gesamtableau von »Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt« während des Dritten Reiches. Begangen werden kann dieser Lehrpfad zukünftig traditionell als Gruppe mit einer pädagogischen Fachkraft oder individuell mit in der Bildungsstätte ausgehändigten Audioguides.

*Geschichtspfad-
teilnehmer*

Foto: Maria Vogelpuhl

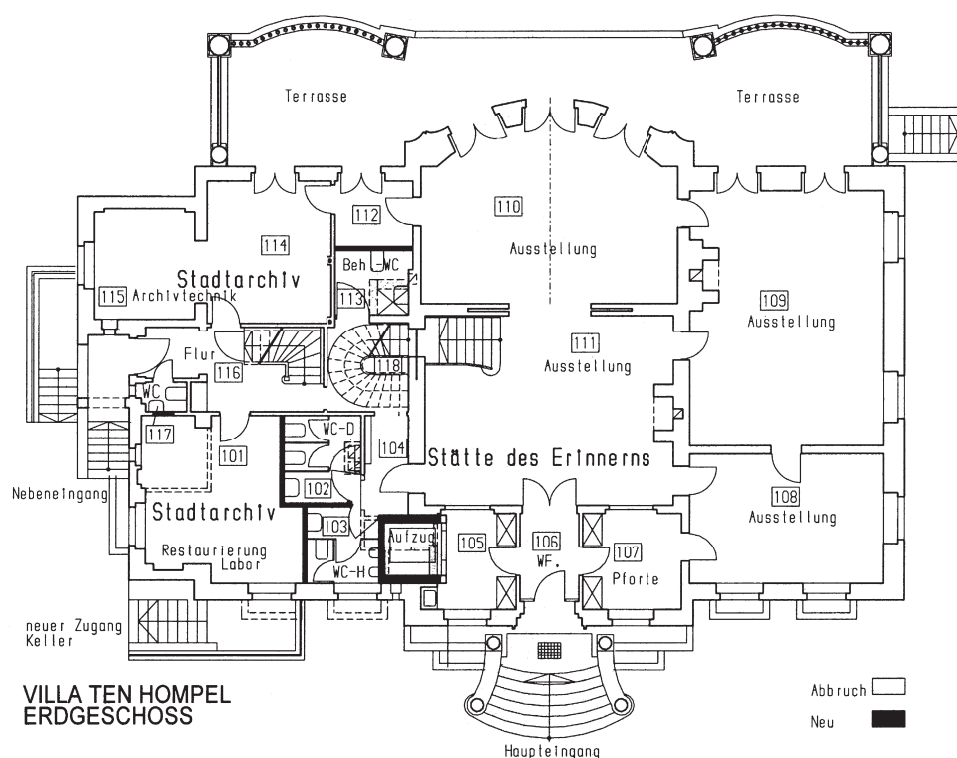


Teil der zukünftigen
Ausstellung im
Erdgeschoß der Villa
ten Hompel
Foto: H. Niemand für
das Westfälische Amt
für Denkmalpflege

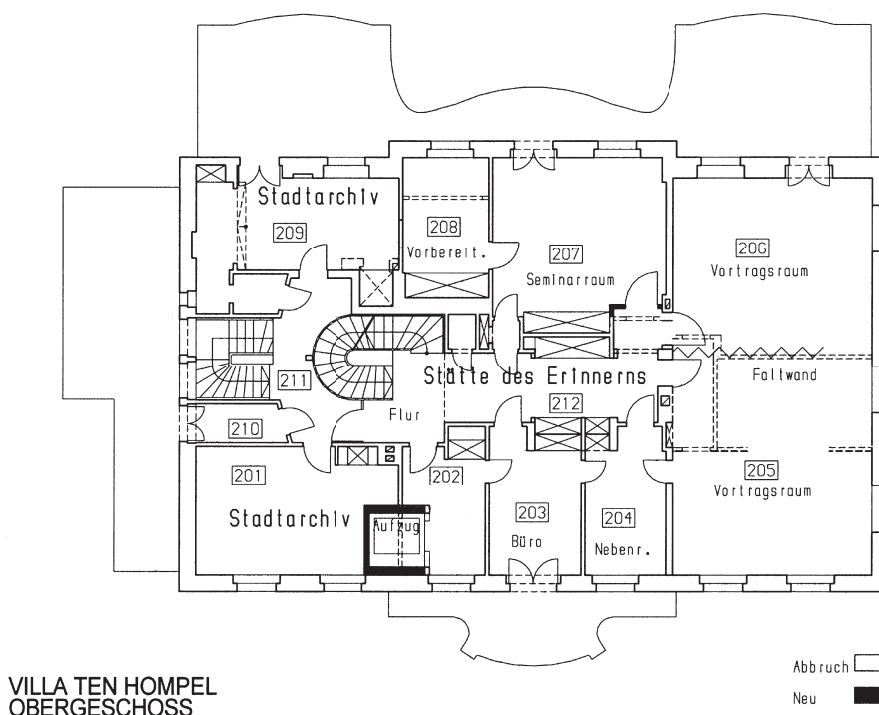


- Die Bildungsetage im Obergeschoß, die bereits im Dezember 1999 eröffnet wird, verfügt über eine multifunktionale Tagungstechnik und die Offerte der virtuellen Vernetzung. Zwei Arbeitsräume mit PC-Arbeitsplätzen und Internetzugang stehen Einzelnutzern zur Verfügung. Damit offeriert die Erinnerungsstätte dem in- und ausländischen Besucher die selbständige interaktive Spurensuche und Recherche. Nicht zuletzt wird das in nächster Zeit im Bereich der Erinnerungs- und Forschungsstätte mit Hilfe des Stadtarchivs Münster in den Magazinräumen des Kellers deponierte erfahrungsgeschichtliche Archiv zu den ehemaligen jüdischen Mitbewohnern mit über 3 000 Personen und 1 500 Dossiers interessierte Einzelbesucher und Nachfahren ehemaliger jüdischer Mitbürger anziehen.

Quelle für die Bau-
pläne: Villa ten
Hompel, Münster



- Ein Vortragsraum (mit Mikrofon und Beschallung) bietet Platz für 80 Personen bei Lesungen, Gastvorträgen, Podiumsgesprächen etc. und den geplanten, einmal im Monat am 1. Mittwoch stattfindenden »Mittwochsgesprächen« zu zeitgeschichtlichen und historisch-politischen Themenbereichen.
- Schulklassen aus den beiden Sekundarstufenbereichen finden ein ausreichendes Platz- und Raumangebot für arbeitsteilige Projektarbeit und Formen entdeckenden-forschenden Lernens am außerschulischen Lernort Villa ten Hompel. Eine Unterteilung des Vortragsraums durch eine mobile Schiebewand schafft zwei separate Seminarräume für jeweils 20 Personen. Zusätzlich steht ein abgeschlossener online und offline nutzbarer Multimediabereich mit 6 Arbeitsplätzen zur Verfügung.
- Mittelfristig wird zudem für den Primarstufenbereich ein Programm entwickelt und institutionalisiert, das erfahrungs-, handlungs- und produktionsorientiertes zeit-historisches Lernen unter Einbeziehung des Holocausts mit Kindern ermöglicht.⁹ Zwei Räume (ca. 45 m²) mit separatem Zugang für Klassen der Grundschule und der ersten Jahrgänge der Sekundarstufe I werden hierfür in der Villa ten Hompel zur Verfügung gestellt. Durch die Offerte kindadäquaten, exemplarischen historischen Lernens für den Zeitraum des 20. Jahrhunderts (Geschichtspfade, Zimmer-Geschichten, Geschichtskoffer etc.) wird damit ein Defizit in der pädagogischen Arbeit sowohl des Viertels, der Stadt als auch der Region geschlossen. Begleitet wird das Projekt von Lehrenden am Institut für Didaktik der Geschichte der Universität Münster sowie von der Pädagogischen Arbeitsstelle der Stadt Münster, so daß die Ergebnisse auch in der universitären überregionalen Diskussion eingebunden sind und einfließen können in die zukünftige Ausbildung und Praxisbegleitung von Grundschullehrerinnen und -lehrern.
- Mehrtägige berufsbezogene Aus- und Fortbildungsgruppen sowie Seminare der Erwachsenenbildung und Fachtagungen können ebenso auf die o. a. Infrastruktur und Ausstattung der Bildungsetage zurückgreifen. Durch die geplante und in Vor-gesprächen bereits sondierte zukünftige Kooperation zwischen den polizeilichen



Ausbildungs- und Fortbildungsinstituten und der historisch-politischen Bildungsstätte Villa ten Hompel soll die Verstrickung und massive aktive Beteiligung von Polizeibeamten in die Gewalttaten des NS-Regimes als auch die polizeiinterne Verdrängung dieser erheblichen Mittäterschaft nach 1945 zum unverzichtbaren Gegenstand in den gesellschaftswissenschaftlichen Lehrgängen der polizeiinternen Ausbildung und Schulung werden.¹⁰ Entsprechende Lehrpläne bzw. Curricula, die diese Problematik systematisch aufgreifen, fehlen bis heute sowohl in den Polizeiführungsinstituten in Münster und Neuß als auch in der Polizeiführungsakademie. Bisher ist z. B. die Thematisierung polizeilichen Handelns während des Dritten Reichs potentiell nur – wenn überhaupt – mit einzelnen Stunden im Studienfach Gesellschaftswissenschaften im zweiten Studienjahr der höheren Polizeidienstwärter der Polizeiführungsakademie in Münster möglich. Mit den örtlichen Polizeipräsidien gemeinsam geplante Seminare werden zudem für die von Polizisten begangenen Unrechtstaten vor Ort ebenso sensibilisieren wie sie die Erinnerung an einzelne Polizeibeamte wachrufen, die in passiver Resistenz zu den Vorgaben des NS-Staats blieben. Doch nicht nur die meisten Polizisten beteiligten sich an Unrechtstaten, ebenso war eine immense Zahl von Beamten und Angestellten aus weiteren Verwaltungsberufen in den Vollzug rasseanthropologischer und rassehygienischer Maßnahmen miteinbezogen. Wo wird beispielsweise in der Ausbildung zum Zoll- und Finanzbeamten unter den Bedingungen des zusammenwachsenden Europa in der Ausbildung thematisiert, daß es die Mitarbeiter in den rheinisch-westfälischen Finanzämtern waren, die Informationen über mögliche Ausreiseabsichten von Juden an die Gestapo weitergaben und es doch auch die Zollbeamten waren, die fliehende Juden an der deutsch-niederländischen Grenze festnahmen. Nicht nur die Beamten der Kriminal- und Geheimen Staatspolizei (Gestapo), die unter dem Oberbegriff Sicherheitspolizei firmierten, waren von ihrem Selbstverständnis her entscheidende Akteure im Vorantreiben der nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsideologie, auch die Finanzbeamten sahen sich »im Kampf des nationalsozialistischen Reichs gegen das Judentum in vorderster Front eingesetzt.«¹¹ Von der Sparkasse bis zu den großen Banken, von der Landesversicherungsanstalt bis zu den privaten Assekuranzen, von der örtlichen Stadtverwaltung bis zu den bürokratischen Apparaten der Provinzialverbände – eine Unmenge von Beamten und Angestellten beteiligte sich an den Unrechtsmaßnahmen. Im Zuge der sogenannten »Arisierung«, der wirtschaftlichen Ausplünderung der Juden, waren große Teile der Beamtenschaft im Rheinland und in Westfalen direkt an einem der größten Raubaktionen dieses Jahrhunderts vom schleichenden Besitzwechsel bis zum massenhaften Einzug jüdischen Eigentums beteiligt.¹²

Büro- und Arbeitsräume für die Geschäftsführung, die pädagogisch und wissenschaftlichen Mitarbeiter und die drittmittelfinanzierten Einzelprojektbearbeiter bzw. Doktoranden liegen im Dachgeschoß. Zusätzlich steht im Keller zur Eigenversorgung eine Kaffee- und Teeküche zur Verfügung.

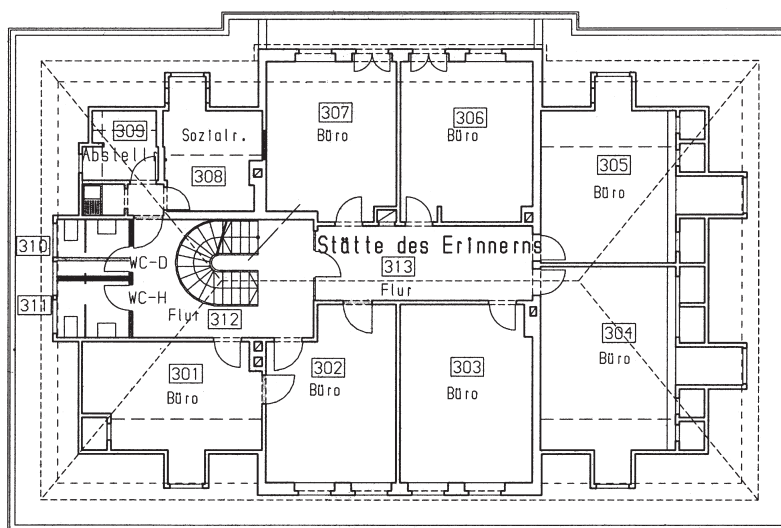
Derzeit sind in der Forschungsetage der Villa ten Hompel unterschiedliche Projekte auf den Weg gebracht. So steht das von den Bearbeitern Karl Reddemann M. A. und Stefan Schröder angelegte »Spezialinventar zur Geschichte der Polizei im Rheinland und in Westfalen 1931–1953« kurz vor seinem Abschluß.¹³ Weitere Teilergebnisse

liegen demnächst vor: Zu nennen wären hier eine mikrogeschichtliche Rekonstruktion der Geschichte des Hauses¹⁴, die Geschichte eines westfälischen Polizeibataillons¹⁵ und eine Recherche über die Tätigkeit deutscher Ordnungspolizeibefehlshaber in den Niederlanden¹⁶. Zudem ist in Arbeit eine Untersuchung über die Praxis des Dezernats Wiedergutmachung für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte beim Regierungspräsidenten in Münster.¹⁷

Das spezifische fachliche und didaktische Profil sowie die Ausstellungspräsentation und die Infrastruktur des Seminar- und Tagungsbetriebs bieten zahlreiche Möglichkeiten der intergenerativen Begegnung, der fundierten Durchdringung der spezifischen »haus«eigenen Thematik »Polizei und Verwaltung in totalitären Systemen« und der traditionellen und virtuellen historischen Spurensuche. Mit seinem ausdifferenzierten Konzept wird der zukünftige Lernort Villa ten Hompel einen breiten Adressatenkreis erreichen: den historisch interessierten Einzelbesucher, die Schulklasse bzw. den -kurs, den Aus- und Fortzubildenden aus der kommunalen Verwaltung und den Landesbehörden sowie dem Bank- und Assekuranzgewerbe und die Besuchergruppen aus der Polizeiführungsakademie bzw. den -führungsinstituten und nicht zuletzt den nordrheinwestfälischen Polizeipräsidien im Rahmen berufsbezogener Aus- und Weiterbildung.

Eröffnet wird die historisch-politische Erinnerungs-, Forschungs- und Bildungsstätte Villa ten Hompel am 13. Dezember 1999 mit einer in Kooperation mit der Oberfinanzdirektion Münster erstellten Sonderausstellung »Westfälische Finanzverwaltung und wirtschaftliche Ausplünderung der Juden«. Der von Alfons Kenkmann und Bernd-A. Rusinek herausgegebene Katalog erscheint Ende 1999.

Anders als die im Herbst 1998 in Düsseldorf präsentierte Ausstellung »Betrifft: »Aktion 3«. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn«¹⁸ wird sich diese Sonderschau neben der fachwissenschaftlichen stärker der didaktischen Dimension zuwenden. Neben aussagekräftigen Dokumenten wird ein großer Teil der Ausstellung Realien aus der alltäglichen Arbeitswelt von Finanzbeamten präsentieren, um auf diese Art und Weise bürokratisches Handeln unter den Bedingungen totalitärer Strukturen anschaulich zu machen.



VILLA TEN HOMPEL
DACHGESCHOSS

Abbruch 
Neu 

*Kontakt: Villa ten Hompel – Stätte des Erinnerns, der Forschung
und der historisch-politischen Bildung; Geschäftsführer: Dr. Alfons Kenkmann
Postanschrift: Stadt Münster, 48127 Münster, Kaiser-Wilhelm-Ring 28
Tel. 02 51/492-70 48, Fax 02 51/492-79 18, E-Mail: tenhomp@stadt-muenster.de*

Ab Juni 1999 gibt es unter obiger Adresse eine Informationsbroschüre zu Öffnungszeiten, Bildungsangeboten und didaktisch-pädagogischem Begleitprogramm.

*Dr. Alfons Kenkmann
ist Geschichtsdidak-
tiker und Geschäfts-
führer der Institution
in Gründung.*

*Förderverein: Verein zur Förderung einer Erinnerungs-, Forschungs- und Bildungs-
stätte in der ehemaligen Villa ten Hompel e.V. Spenden für den Förderverein und
Mitgliedsbeiträge können von den Steuern abgesetzt werden: Stadtparkasse
Münster, Konto-Nummer 33 1 34, BLZ 400 501 50*

Anmerkungen

- 1 Vgl. Alfons Kenkmann (Hg.): Villa ten Hompel. Sitz der Ordnungspolizei im Dritten Reich. Vom »Tatort Schreibtisch« zur Erinnerungstätte?, Münster 1996.
- 2 Winni Nachtwei: Seit 50 Jahren »verschollen«: Münsteraner Täterorte, in: Faschismus erinnern – Konsequenzen ziehen. Redebeiträge zum Demonstrativen Stadtrundgang anlässlich der Befreiung von der NS-Diktatur (Münster, 6.5.1995), S. 5–6.
- 3 Vgl. Stellungnahme »Zur Problematik des Erwerbs der Villa ten Hompel durch die Stadt Münster« vom 14.8.96.
- 4 Inhaltliches und organisatorisches Rahmenkonzept für die Errichtung einer Stätte des Erinnerns, der Forschung und der historisch-politischen Bildung in der ehemaligen Villa ten Hompel. Votum des Fachbeirats (Manuskript), Münster 1997.
- 5 Ebd.
- 6 Michael Ruck: Beharrung im Wandel. Neue Forschungen zur deutschen Verwaltungsgeschichte im 20. Jahrhundert (II). In: Neue Politische Literatur, 43. Jg. (1998), S. 76–112, S. 67.
- 7 Inhaltliches und organisatorisches Rahmenkonzept für die Errichtung einer Stätte des Erinnerns, der Forschung und der historisch-politischen Bildung in der ehemaligen Villa ten Hompel. Votum des Fachbeirats (Manuskript), Münster 1997.
- 8 Ebd.
- 9 Zu den Ansätzen und Kontroversen um die Behandlung des Holocaust in der Primarstufe siehe Jürgen Moysich/Matthias Heyl (Hg.), Der Holocaust. Ein Thema für Kindergarten und Grundschule?, Hamburg 1998.
- 10 Alfons Kenkmann: Die Auseinandersetzung mit NS-Tätern und Mitläufern als didaktische Herausforderung. Politische Bildung am Beispiel der Münsteraner »Villa ten Hompel«. In: Heidi Behrens-Cobet (Hg.), Bilden und Gedenken. Erwachsenenbildung in Gedenkstätten und an Gedächtnisorten, Essen 1998, S. 91–111.
- 11 Deutsche Steuerzeitung, 1939.
- 12 Vgl. demnächst Alfons Kenkmann/Bernd-A. Rusinek: Westfälische Finanzverwaltung und wirtschaftliche Ausplünderung der Juden 1933–1945, Münster 1999. Grundlegend zur Thematik: Frank Bajohr, Arisierung in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, Hamburg 1988 und Ilse Birkwald, Die Steuerverwaltung im Dritten Reich, in: Wolfgang Leesch u. a. (Hg.), Geschichte der Finanzverfassung und -verwaltung in Westfalen seit 1815, Münster 1988, S. 239–288 u. Gerd Blumberg, Die Zollverwaltung und die Devisenstelle im Dritten Reich, in: ebd., S. 289–353.
- 13 Das Projekt wurde möglich Dank der finanziellen Unterstützung seitens der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen.
- 14 Corinna Fritsch, Alfons Kenkmann, Gabriele Lotfi, Christoph Spieker, Julia Volmer: Ein Haus macht Geschichte[n]. Die Villa ten Hompel in Münster 1920–2000.
- 15 Martin Hölzl: Das Polizeibataillon 316 im Zusammenhang des Holocaust: Ermittlungen im Strafverfahren gegen Kraiker u. a. des Landgerichts Bochum (1966–1968). Im Erscheinen.
- 16 Teilergebnisse liegen bereits vor; vgl.: Christoph Spieker: Organisationsstruktur und Politik des deutschen Polizeiapparates in den Niederlanden: Der Zeitschnitt 1943. In: Norbert Fasse, Johannes Houwink ten Cate, Horst Lademacher (Hg.), NS-Herrschaft und bezettingstijd im deutsch-niederländischen Grenzraum, Münster 1999. Im Erscheinen.
- 17 Bearbeitet von Julia Volmer.
- 18 Dokumente zur Arisierung ausgewählt und kommentiert von Wolfgang Dreßen, Berlin 1998.